

Wien, Freitag, den 11. November 1927. Vierte Ausgabe

WIENER GEMEINDERAT

Sitzung vom 11. November 1927.

Bürgermeister Seitz eröffnet um 5 Uhr die Sitzung. Zunächst wird ohne Debatte eine Reihe von Anträgen, welche die Subvention der Wiener graphischen Gesellschaft mit tausend Schilling, der Wiener Freiwilligen Rettungsgesellschaft mit 7500 Schilling, der Oesterreichischen Gesellschaft für Volksgesundheit mit 2000 Schilling, des Wiener Unterstützungsvereines für aus der Haft Entlassene und Familien von Verhafteten mit 5000 Schilling, des Wiener Dombauevereines mit 5000 Schilling, des Vereines abstinenten Frauen in Wien mit 2000 Schilling, des Vereines Wienerwaldschutz mit 400 Schilling, des Wiener Zweigvereines der Deutschen Schillerstiftung mit 2000 Schilling, der Bildungsstelle des Oesterreichischen Senefelderbundes mit tausend Schilling, der Oesterreichischen Gesellschaft für Sozialpolitik mit tausend Schilling und schliesslich der Freiwilligen Feuerwehr in Bad Hall mit hundert Schilling betreffen, angenommen. Weiters wird ein Kredit von 505.000 Schilling zur Deckung des Beitrages des Landes Wien zu den Kosten der Altersfürsorge ohne Wortmeldung beschlossen, wie auch die Umpflasterung der Erzherzog Karlstrasse und die Innenausgestaltung der neuen Verkaufszellen in der Grossmarkthalle, Abteilung für Fleischwaren, durch Herstellung von Fleischhakenstangen und der elektrischen Beleuchtung, sowie die Errichtung einer zentralen Warmwasserbereitungsanlage mit einem Kostensfordernis von insgesamt 170.000 Schilling.

Der Gemeinderat setzt dann die Beratungen über den Rechnungsabschluss für das Jahr 1926 fort. In Verhandlung steht die Verwaltungsgruppe IV.

Gemeinderat Pfeiffer (E.L.) erwidert zunächst auf einen Aufsatz in der heutigen Arbeiter-Zeitung, worin eine grossdeutsche Versammlung geschildert wird, in der Gemeinderat Pfeiffer gesprochen habe. Nach kurzer Rede unterbricht Bürgermeister Seitz den Sprecher mit der Frage, ob der Gegenstand, über den er spricht, zur Verhandlung steht. Gemeinderat Pfeiffer erwidert, bloss aus dem Grunde schon darüber sprechen zu dürfen, weil er der Ansicht sei, dass er, wenn er die Rede, die in der Arbeiter-Zeitung steht, wirklich gehalten hätte, nicht das Recht hätte, im Gemeinderatssitzungssaal zu sprechen. GR Pfeiffer erklärt sodann dass er in dieser Versammlung weder über den 15. Juli, noch über Erfahrungen am 15. Juli gesprochen habe. ^{Die} Aussagen der Arbeiter-Zeitung sind unwahr. Er habe in dieser Versammlung in sachlicher Weise über den Rechnungsabschluss gesprochen. Diese Erklärung ist notwendig, um die verleumderische Art des Kampfes (Rufe bei den Parteien der Einheitsliste: Den sind wir schon gewohnt!), niedriger zu hängen. Gemeinderat Pfeiffer bespricht sodann das Verhältnis der Stadt Wien zu den Bundesabgaben. Die gesamten Ertrags^{abgabenteile} machen nach dem Veranschlag für 1928 213 Millionen aus. Auf Wien allein entfallen 111 Millionen, das sind 52 Prozent. Oesterreich hat 6,5 Millionen Einwohner. Wien hat nach der letzten Zählung 1,866.000 Einwohner. Das sind nicht einmal zwei Drittel der Einwohnerzahl, die auf Wien entfallenden Ertragsanteile machen aber 52 Prozent aus. Auf den Kopf eines Wieners entfallen 30 Schilling, eines Niederösterreichers 11,5 Schilling, eines Oberösterreichers 10,8 Schilling, eines Salzburgers 12,4 Schilling, eines Steiermärkers 10,8 Schilling, eines Kärntners 10,2 Schil-

ling, eines Tirolers 11 Schilling, eines Vorarlbergers 12,8 Schilling und schliesslich eines Burgenländers 7,6 Schilling. Im Vergleich zu diesen Zahlen ist Wien an den Ertragsanteilen mit dem Doppelten beteiligt. Breitner hat gesagt, er betrachte die Ertragsanteile nicht als Geschenk. Es ist, sagt GR Pfeiffer, aber immerhin bequemer, die Bundesabgaben zur Verfügung zu haben, als sie mit eigenen Steuern hereinbringen zu müssen. Für Wien besteht gar keine Ursache, mit besonderer Hochmut auf die anderen Bundesländer zu blicken. Wien muss Wert darauf legen auf ein herkömmliches Verhältnis zu den Bundesländern. Der Redner spricht nun über die Heimwehren. Die Heimwehren sind eine sekundäre Erscheinung. Primär war ihr Wort vom Klassenkampf, das Verlangen nach der Aufrichtung der Diktatur, primär waren die Ereignisse des 15. Juli. Dies habe sich dahin ausgewirkt, dass sich die Bundesländer gegen Wien gewehrt haben. Sie haben Hass gesät, sie müssen natürlich Hass ernten. Wenn Sie keinen Hass wollen, müssen Sie Ihren Hass abbauen. Sie haben allen Grund den Gegensatz zwischen Wien und den Bundesländern zu überbrücken. Bezüglich der Trennung des Landes Wien vom Land Niederösterreich, sagt GR Pfeiffer, dass die Trennung durchgeführt wurde, um Ihr Diktat in Wien aufrecht erhalten zu können. Das war ein grosser Fehler, und um ihn gut machen zu können, müsste der ^{jetzige} Zustand aus der Welt geschafft werden. (Beifall).

GR Högl (E.L.) bemerkt, dass, wie aus dem Rechnungsabschluss hervorgeht, von der Gemeindeverwaltung der Sozialpolitik sehr wenig Bedeutung zugewiesen werde. Die präliminierten Ausgaben für die Dienstvermittlungstellen sind nicht aufgebraucht worden, höherlichst der für Arbeitslosenunterstützungen ausgegebene Betrag, obwohl eine sozialdemokratische Gemeinde, auch wenn ein gesetzlicher Zwang nicht besteht, die Verpflichtung hätte, Beiträge zu dieser Unterstützung zu leisten. Es geschieht gar nichts, um das Berufsberatungsamt in der Bevölkerung bekannt zu machen. Dagegen werden für das Wohnungswesen gewaltige Summen eingestellt. Auch wir sind dafür, dass die Gemeinde baut, aber nicht in einer Form, die das Wirtschaftsleben erdrosselt. Man kann nicht einer so ausgebluteten Stadt zumuten, solche Riesensummen für die Erbauung von Mammutkasernen auf einmal aufzubringen. Der Siedlungsgedanke wird sehr in den Hintergrund gedrängt. Statt in Heiligenstadt auf unsicheren Grund eine solche Riesenkaserne zu bauen, hätten Sie dort Siedlungshäuser erbauen müssen. Wenn es richtig ist, dass von Jahre 1919 an 29.000 Wohnungen gebaut worden sind, müsste sich eine Entlastung fühlbar machen, wenn man wirklich nur die sehr bedürftigen zum Abt befriedigt. Tatsächlich hat aber die Wohnungsnot in Wien nicht abgenommen. Der Redner fragt den Stadtrat Weber, wieviel Wohnungsuchende es heute noch gibt und ob auch in Zukunft eine Qualifikation erteilt wird. (Lebhafter Beifall bei den Parteien der Einheitsliste).

GR Stein (Soz. Dem.): Wenn GR Pfeiffer aus dem Verlauf des sozialdemokratischen Parteitagess den Schluss ziehen zu müssen geglaubt, dass sich die Sozialdemokraten wesentlich geändert haben, so befindet er sich vollständig im Irrtum. Wir sind und bleiben die sozialdemokratische Partei, die ihre Politik nach den Notwendigkeit und nach den gegebenen Tatsachen einrichtet, wie es dem Interesse der arbeitenden Bevölkerung entspricht. Was die Bemerkung des GR Pfeiffer über die Einsetzung geringerer Kosten für die Wohnbauten betrifft, so ist diese Kostensumme unserer Aussage angepasst, dass wir eine bestimmte Anzahl von Bauten im Laufe der nächsten Jahre errichten werden. Wir legen Wert darauf festzustellen, dass eine Minderung des Bauprogrammes nicht eintritt. Wir sind für eine Kritik nicht so empfindlich, wie GR Pfeiffer.

der eine Notiz in der Arbeiter-Zeitung zum Anlass nimmt, um dagegen Verwahrung einzulegen. Die Arbeiter-Zeitung ist wohl eines der Blätter, das die Gegner in derbsten Art behandelt und sie steht turmhoch über der bürgerlichen Presse unserer Stadt, ein Umstand, der der Arbeiter-Zeitung auch eine hohe Stellung in der journalistischen Welt gesichert hat, wie sie kein zweites Wiener Blatt einnimmt. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit. - Widerspruch bei den Parteien der Einheitsliste). Sich darüber aufzuhalten, dass einmal eine witzige Notiz erscheint, ist nicht am Platze. Die bürgerlichen Zeitungen gehen gegen uns in einer ganz anderen Art in Wert und Bild vor und es ist uns nie eingefallen, uns deshalb zu alterieren.

GR. Pfeiffer (E. L.): Wenn Sie es sich gefallen lassen, muss ich mir es nicht gefallen lassen.

GR. Stein (Soz. Dem.): Aber die Empfindlichkeit ist nicht immer ein Beweis dafür, dass man im Rechte ist. Das politische Leben ist nicht durch unsere Schuld auf dieses Niveau gebracht worden. Ihre Presse hat damit begonnen. Auch die Dötz leistet an Verhöhnungen, Angriffen und Beschimpfungen, was unter anständigen Menschen nicht gebräuchlich ist. Wenn eine solche Kritik an der Arbeiter-Zeitung geübt wird, können wir darauf nur erwidern, dass wir auf unsere Arbeiter-Zeitung stolz sind, dass wir ihr dankbar sind für die Art, wie sie unsere Angelegenheiten vertritt und dass wir erwarten, dass Sie, wenn ein solcher Schwindel mit der Bevölkerung auch in Zukunft aufgeführt wird, mit derselben Schärfe dagegen auftreten wird. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit).

Stadttrat Weber bemerkt in der Erwiderung auf die Ausführungen des GR. Ullreich, dass im Jahre 1926 insgesamt 11.918 Wohnungsuchende vom Wohnungsamt befriedigt wurden. Die im Rechnungsabschluss angeführten 2914 Wohnungen sind Tauschwohnungen, die in Privathäusern zur Verfügung gestanden waren, durch eine Wohnung in einem Neubau ist es oft im Wege des sogenannten Kettentausches möglich, drei bis vier Wohnungsuchende und manchmal mehr zu befriedigen. Die Frage, wieviel Wohnungsuchende es gegenwärtig gibt, ist seit dem Erlöschen des Anforderungsgesetzes überaus schwer zu beantworten, da eine genaue Evidenz über die Wohnungsuchenden jetzt unmöglich geworden ist. Obwohl wir im vorigen Jahre rund 12.000 Wohnungsuchende befriedigt haben, hatten wir am 31. Oktober einen Stand von 16.000 vorgemerkten Parteien, die alle in Klasse I vorgemerkt sind, da es eine Klasse II und III nicht mehr gibt. Was die Frage betrifft, nach welchem System die Vermerkung erfolgt, so gelangt das alte Punktsystem nach wie vor zur Anwendung. Es ist nicht richtig, dass die Vermerkungen gesperrt sind. Die Vermerkungen und die Vergebung der Wohnungen erfolgt nach den gleichen Grundsätzen wie früher. (GR. Doppler (E. L.): Ohne Kontrolle!) Sie sind ja selbst im Wohnungsausschuss, der bestanden hat, gesessen. Heute ist es so, dass der Magistrat die ihm nach seiner Kompetenz zufallenden Befugnisse bei der Vermietung von Wohnungen ebenso ausübt, wie auf anderen Gebieten. (GR. Doppler: Aber Leute von Ihnen sitzen dort und halten Sprechstunden ab!) Es ist nicht richtig, dass Sprechstunden abgehalten werden. Bis zum 31. August sind nicht weniger als 51.000 Eingaben an das Wohnungsamt gerichtet worden und an den Sprechtagen wird das Wohnungsamt von 2000 und mehr Personen aufgesucht. Da man in 24 Stunden nur 16 bis 17 Stunden arbeiten kann, ist es begreiflich, dass ich beim Parteienverkehr eine Hilfe haben muss und die leistet mir in ganz ausgezeichnete Weise Gemeinderat Reismann. Dagegen ist nichts einzuwenden. Wenn Gemeinderat Ullreich bemängelt hat, dass ich der neuen Exekutive der

Sicherheitswache den Wunsch nach Fortführung der alten Wohnungsfürsorge nicht bewilligt habe, so ist das richtig. Alle Herren, die im Wohnungsamt tätig waren und auch Gemeinderat Ullreich weiss, dass es im Wohnungsamt nicht nur die Wohnungsfürsorge der Exekutive der Sicherheitswache-beamten bestanden hat, sondern dass dort auch eine Wohnungsfürsorge der Eisenbahner, Postler u. s. w. gibt, und es ist ein öffentliches Interesse, dass im Einvernehmen mit dem Wohnungsamt getrachtet werden muss, diese öffentlichen Beamten, wie Lokomotivführer, Scharfner u. s. w. ordentlich unterzubringen. Wir arbeiten in diesen Körperschaften zusammen. Sie machen ihre Vorschläge im Rahmen der Vorschriften, die für alle gelten. Eine ähnliche Methode ist auch bei der Sicherheitswache verfolgt worden. Solange eine Vermerkung nach der alten Klassifikation gegeben hat, diese Wohnungsfürsorge beim Wohnungsamt stattgefunden. Der grösste Teil aller dieser Vorgemerkten ist befriedigt worden und es gibt jetzt nur mehr sehr wenig Vorgemerkte. Was den Zuwachs betrifft, so ist es so, dass die meisten, die zuwachsen, aus der Provinz kommen. Bei der Sicherheitswache sind sehr wenig Wiener. Und diese Leute, die aus der Provinz kommen, behandeln wir natürlich nicht anders, als die anderen, die aus der Provinz kommen. (Rufe bei der Minderheit: Aber Ihre Genossen aus der Provinz nehmen Sie in die städtischen Wohnhäuser!) Wir haben uns zum Grundsatz gemacht, dass nur derjenige in den städtischen Wohnhäusern kommen darf, der mindestens ein Jahr in Wien ist und der verehlicht ist. Ausserdem muss er nach Wien zuständig sein. Wenn die Polizei aus Südböhmen Leute hier anstellt, und wir jeden sofort unterbringen wollten, so wäre das eine Bevorzugung gegenüber den anderen Wohnungsuchenden, die hier geboren sind. (Lebhafte Zustimmung bei der Mehrheit. - GR. Doppler: Was ist es mit den polnischen Juden? GR. Ullreich: Sie reden von etwas ganz anderem, als ich gesprochen habe!) Ich habe mich hier also keines Amtsmisbrauchs schuldig gemacht, sondern das getan, was Vernunft und Gerechtigkeit gebieten. Ich habe allerdings der Reputationskommission, die bei mir war und mich gefragt hat, ob sie für Wohnungsuchende intervenieren dürfe, gesagt, das dürfe sie selbstverständlich tun, da es ja keiner Organisation untersagen kann, für ihre Mitglieder bei einem Amt zu intervenieren. Ich habe also dieser Gewerkschaft nichts anderes gesagt, als was selbstverständlich ist und wenn in einem Zwischenruf Missbrauch der Amtsgewalt vorgeworfen wurde, so kann ich darauf nur erwidern, dass das ein Missbrauch der zulässigen Kritik gewesen ist. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei der Mehrheit).

Damit ist Beratung der Gruppe IV des Rechnungsabschlusses beendet.

Zur Verwaltungsgruppe V. Technische Angelegenheiten, spricht zunächst GR. Kumschak (E. L.). Er gibt bekannt, dass er am 9. November vom Magistratsdirektor eine Zuschrift erhalten habe, in welcher auf seine Ausführungen vom 4. November im Gemeinderat Bezug genommen und er eingeladen wird, seine Anklagen gegen den Senatsrat Kula und dem Oberbaurat Fuchs zu konkretisieren, weil die beiden Herren um die Einleitung einer Disziplinaruntersuchung gebeten haben, um sich diese Verdächtigungen wehren zu können. Ich erkläre, sagt der Redner ganz offen, dass ich es ablehne, auf dieses Schreiben eine andere Antwort zu geben, als die Bestätigung, dass ich es erhalten habe. Ein Gemeinderat unterliegt für seine Rede im Gemeinderat nur der Zensur des Bürgermeisters, beziehungsweise des jeweiligen Versitzenden. (Zustimmung bei den Parteien der Einheitsliste). Ich muss es daher ablehnen, mich in eine merkwürdige Auseinandersetzung mit dem Magistratsdirektor zu begeben. Ferner wird die Beante der Stadt

Wien dem Bürgermeister und dann unmittelbar dem Personalreferenten unterstellt. Wenn also der Bürgermeister oder der amtsführende Stadtrat sich in pflichtgemäßer Wahrung des Ansehens einer Kategorie von Beamten genötigt sehen, sich mit einem Gemeinderat über etwaige Äußerungen auseinander zu setzen, so müssen sie diese Auseinandersetzung selbst suchen. Aber dass sie die Auseinandersetzung einer dritten Person und sei es auch der Registrationsdirektor übertragen, muss ich als freigewählter Funktionär mit aller Entschiedenheit ablehnen. (Lebhafter Beifall bei den Parteien der Einheitsliste). Ebenso verwehre ich mich dagegen, dass in diesem Schreiben gegen meine Ausführungen das Wort Verdächtigung gebraucht wird. Aber ich bin bereit, diese Dinge im Gemeinderat solange fortzustimmen, als es die Gegenseite wünscht. Meine seinerzeitigen Äußerungen stützen sich auf Mitteilungen aus Kreisen des Stadtbaumeister, die die Dinge kennen und Wert darauf legen, die fachliche und amtliche Ehre des Stadtbauamts unter allen Umständen zu verteidigen. Wenn ich gesagt habe, Senatsrat Hula, habe ich es als Präsident zu verantworten, was ich bei der Baustoffe A. G., bei der Steinag u. s. w. an Ungehörigkeiten und fraudulöser Gebarung ergeben hat, so liegt darin natürlich nicht die Beschuldigung, dass er sich selbst der fraudulösen Gebarung schuldig gemacht hat, sondern es ist lediglich die Behauptung, dass sich eine fraudulöse Gebarung ergeben hat. Und die Antwort darauf gibt das Stadtbauamt selbst und die Massnahme der Polizei, in deren Zuge es bereits zu Verhaftungen umfangreicher Art und auch zu Verhaftungen städtischer Organe gekommen ist. Nach meinen Informationen ist ein Ende davon noch lange nicht gegeben, vielmehr steht noch manche Welt im Polizeigefängnis für diverse Beteiligte an städtischen Bauten offen. Wie weit ergibt sich nun eine Verantwortlichkeit der Beamten? Einmal dadurch, dass sie an der Spitze der städtischen Bauführung stehen. Es ist eigentlich unerhört, dass sich in einem Amt solche Dinge ereignen können.

Ihr System ist falsch, weil man an der Kompetenz des Stadtbauamts nicht hätte rühren sollen. Die Ämter mögen in Ruhe gelassen werden und nicht in Situationen gedrängt werden, wo sie sich zwiespältig gegenüber stehen. Das hat sich bei den städtischen Wohnbauten gezeigt. Sie haben zwei Gruppen geschaffen. An der Spitze der einen steht Senatsrat Hula, und an der Spitze der zweiten Oberbaureferent Fuchs. Ich sage, dass in diesen Händen die städtische Bauführung monopolisiert ist. Und das ist leider auch wahr. Senatsrat Hula ist mit der Baustoffbeschaffung betraut, aber er ist auch betraut mit der Baumaterialienherzeugung und Lieferung an die Baustoffe A. G. Senatsrat Hula ist Besteller und Lieferant. Es muss jedem klar sein, dass ein solches System zu Unzulänglichkeiten führen muss. Hula hat die ganze Baustoffbeschaffung. Er bestellt Ziegel, Zement, kurz alles, was bei einem Bau gebraucht wird. Auf der anderen Seite ist Senatsrat Hula Geschäftsführender. Das ist rein technisch beurteilt eine Konstatierung, bei der ich nicht glauben kann, dass das Kontrollamt daran nicht Anstoss nimmt. Freilich, kann ich darüber nicht urteilen, weil uns die Berichte des Kontrollamtes nicht vorgelegt werden. Stadtrat Breitner hat einmal gesagt, dass das Kontrollamt bei den Bauten nur verschiedene kleinere Mängel beanstandet hat. Wenn das richtig ist, dann hat das Kontrollamt nur küssichtige sondern auch schwachsichtige Leute ausgeschiedet. Ich vermute aber sehr, dass das Kontrollamt wesentlich mehr gesehen und dass das auch zur Kenntnis des Senatsrates Hula gelangt ist. Hier liegt ein Indizienbeweis vor, der für jeden Schuldspruch eine sichere Unterlage ist. Es ist eine Leichtfertigkeit des Senatsrates Hula an die Spitze einer solchen Konstruktion zu treten. Was man da dem Herrn Hula aufgelastet hat, ist auch physisch eine Unmöglichkeit. Der Mann müsste ja ein Wissen haben, das vom Käsesuchen bis zum Kriegführen reicht. Es ist ausgeschlossen, dass man in einem Dutzend Betrieben die Geschäfte führen

kann und noch dazu den Riesenbetrieb der städtischen Baustoffbeschaffung leitet. Herr Hula hätte einsehen müssen, dass er das nicht leisten kann. Es wäre aber ein Unrecht, alle Schuld ihm zu geben. Die Verantwortung tragen allein die amtsführenden Stadträte und es fällt mir nicht ein, hier den Grundsatz aufzustellen, die Beamten schuldig werden und sie noch der Fein zu überlassen.

Der Redner bespricht nun ausführlich die Geschäftsführung der Steinag, die noch im Jahre 1925 günstig geartet hat, während der Rechnungsabschluss für 1926 ein trauriges Bild bietet. Die Steinag hat ein Defizit von 163.000 Schilling, dass zeigt welche trostlose Zustände dort herrschen müssen. Bei einem Privatunternehmen müsste man von einer schuldhaften Krise sprechen. Zum Trost wird uns gesagt, dass die Gemeinde nicht alleinstufige Teilhaberin sei. Das ist aber kein Trost und entschuldigt das Dobe gar nicht. Es drängt sich die Frage auf, was zu diesem Debake geführt habe. Dies muss auch im Zuge des Disziplinarverfahrens gegen Senatsrat Hula geklärt werden. Der Redner bringt dann den Ankauf des Ziegelwerkes in Raggendorf zur Sprache, das von der Steinag erworben wurde, obwohl es im Konkurs stand. Das Ziegelwerk wurde aus der Konkursmasse erworben, aber bis heute nicht im Betrieb gesetzt. (Rufe bei den Parteien der Einheitsliste: Unerhört!) Wozu hat die Steinag die "Krot" gefressen? Dieser Kauf hat selbstverständlich die Bilanz der Steinag verschlechtert. Ob aus eigenem Antrieb oder als beauftragtes Organ, jedenfalls war Hula an dem Kauf des Ziegelwerkes beteiligt. Die Zieglieferungen sind ein sehr interessantes Kapitel und die Frage der Vergabe von Zieglieferungen ist überhaupt schärfklärungsbedürftig. So wurde ein Ziegelvertrag von 42 Schilling auf einen Druck Breitners hin abgelehnt. Das ist ein Preis, der selbst die Eigenkosten nicht erreicht. Später aber wurde mit der Steinag ein Ziegelvertrag um 52 Schilling abgeschlossen. (Rufe bei den Parteien der Einheitsliste: Hört!, Hört!) Das Ziegelwerk Oberlea ist in Wirklichkeit ebenfalls schwer passiv. Ununterbrochen kommen schwere Betriebsstörungen vor und auch die Betriebskosten sind ausserordentlich hohe. Auch hier ist Hula Geschäftsführer und Besteller. Vom Standpunkt der amtsführenden der Gemeinde ist das einfach ungreiflich. Die Baustoffbeschaffung der Gemeinde ist an sich eine zu verurteilende Angelegenheit. Im Bezug auf Preisökonomie und Qualitätsökonomie muss diese Bewirtschaftung zu schweren Schäden führen. Wenn man bei einem Bauschaden sagt, das Material ist schlecht, so wird einem gesagt, dass das nicht wahr ist. Die Dinge liegen aber wesentlich anders und für die Behauptung, dass das Material schlecht ist, liegt schon ein gerichtsprüfungsmässiger Beweis vor. Auf einem Bau ist eine Decke eingestürzt. Davon hat niemand etwas erfahren. Es war aber ein schwerer Unfall. Der Polier wurde wegen fahrlässigen Verschuldens und Gefährdung des Lebens angeklagt. Er verteidigte sich mit der Begründung, dass das Material schlechter Qualität war. Das Beweisverfahren hat dies einwandfrei ergeben. Auf dem Bau hatte man nicht mehr genügend Zement und die Baubeschaffung liess beim nächsten Händler Zement einkaufen. Obwohl der Polier gesagt hat, dass das nicht gehe, musste er trotzdem den Auftrag ausführen. Er musste freigesprochen werden, weil lediglich das von der Gemeinde beigelegte Material an den Unfall schuld war. (Rufe bei den Parteien der Einheitsliste: Hört!, Hört!). Haben Sie denn nicht das Empfinden, was Sie der Öffentlichkeit schuldig sind? Der Staatsanwalt hat seine Pflicht getan, das Gericht hat seine Pflicht getan, nur die Organe der Gemeinde, die amtsführenden Stadträte versagen. Wenn Sie uns sagen, dass das nur der einzige Fall ist, wir glauben das nicht. Solche Unfälle kommen in schweren Mengen vor. Ich verweise nur auf das Unglück in Oberlea, wo ein Hauptträgerpfeiler geberstet ist. Auch da sagten die Fachleute, dass die Schuld an dem schlechten Material liege. Die Sache musste die Firma, die den Bau ausgeführt hat übernehmen, sie musste für die Gemeinde die Mauer machen. Auch dieser Fall muss untersucht werden. Auf die Stellung des Oberbaureferenten Fuchs hinweisend, sagt Gemeinderat Kunschek, dass dieses Amt

ebenfalls eine verfehlte Konstruktion habe. Dem Oberbaurat Fuchs ist die gesamte Bauführung überantwortet, von der Wiege bis zum Grabe werden die städtischen Wohnhausbauten vom Oberbaurat Fuchs begleitet. Aber wie? Stadtrat Breitner hat in diesem Saale Briefe des Magistrates an die Polizei vorgelesen, worin diese um einen Überwachungsdiens auf den städtischen Bauten ersucht wird. Was ist das für ein Zeugnis für die Gemeindeverwaltung (Rufe bei den Parteien der Einheitsliste: Ein Armutszeugnis!) Das ist ein Misstrauensurteil gegen die städtischen Angestellten (Zustimmung bei der Minderheit!). Es hat sich herausgestellt, dass weniger Baumaterial geliefert wurde. Es soll aber auch Baumaterial wieder weggeführt worden sein und sogar an Private abverkauft worden sein. Das wäre entschuldbar, wenn das ein vereinzelter Fall wäre, aber dass ist das herrschende System. Wenn sich Fuchs an seine Aufgabe herangetraut hat, so muss er auch die Antwort für diese Unzulänglichkeiten übernehmen. Wie konnten solche Zustände entstehen? Nur schwerste Unterlassungen sind die Ursache. Der Baudirektor hat uns mitgeteilt, dass die Senkungen während des Baues bemerkt wurden. Auch Fuchs musste sie also bemerken. Der Bau hätte eingestellt werden müssen. Das ist nicht geschehen. Da liegt ein Pflichtversäumnis vor. Die Firma Grundstein hat den Bau. Sie forsiert das Akkordsystem, das Sie früher das Mordsystem nannten, und daher kümmern sich weder die Unternehmer noch die Arbeiter darum, ob der Bau niedergeht.

Es muss endlich mit diesem System gebrochen werden. Es ist die Pandorabüchse, aus der nichts als Unheil hervorgehen kann. Ich habe hier ganz konkrete Merkmale für eine Disziplinaruntersuchung angeführt. Ich habe das Meine getan, tun Sie Herr Bürgermeister und Herr Stadtrat Breitner das Ihre, damit die Katastrophe vermieden wird, die nicht nur das Vermögen der Gemeinde, sondern auch sie verschlingen kann. (Beifall bei der Minderheit).

Bürgermeister Seitz stellt fest, dass grundsätzlich die Erhebungen über die Notwendigkeit der Einleitung einer Disziplinaruntersuchung vom Magistrat zu führen sind. Es hat deshalb auch der Magistratsdirektor den erwähnten Brief geschrieben.

Stadtrat Breitner entgegnet, dass Stadtrat Kunschak in der vorigen Gemeinderatssitzung erklärt hat, dass dem Senatsrat Hula und dem Oberbaurat Fuchs das ganze Wpmbauwesen in die Hände gespielt worden sei und dass diese beiden Beamten nicht nur Macht, sondern ein grosses Einkommen erworben haben. Nach dieser Rede musste man den Eindruck haben, dass hier Korruption's schlimmster Art vorliegt. Heute hat Herr Kunschak ganz anders gesprochen und erklärt, dass diese beiden Beamten zu viele Aufgaben haben, deren Lösung weit über ihre Kräfte gehe. Das sei ihr gemeinsames schweres Verschulden. Senatsrat Hula war überdies für die Verluste der Steinag und den von der Steinag gemachten ungunstigen Ankauf der Ziegelei verantwortlich. Ich teile mit, dass beide Beamte um die Einleitung der Disziplinaruntersuchung gegen sich selbst angesucht haben. Es wird diesem Ansuchen entsprochen werden.

Stadtrat Breitner bespricht nun sehr eingehend die einzelnen Angriffe des Gemeinderates Kunschak. Er verliest ein Schreiben der Magistratsdirektion an die Staatsanwaltschaft, in dem ersucht wird, im Zuge der Verleumdungsklage, die Direktor Leitersdorfer gegen die

"Freiheit" angestrengt hat, auch die in diesem Blatt in versteckter Form gegen Senatsrat Hula erhobenen Anwürfe zu untersuchen. Wenn also irgend etwas wahr sein sollte, dann wird die Staatsanwaltschaft mit aller Strenge vorgehen. Das hat die Gemeinde selbst verlangt. Alles, was Herr Kunschak über das Zusammenfallen von zwei einander widersprechenden Funktionen gesagt hat, entbehrt jedweder Grundlage. Seit Juni 1926 ist die Leistung Baustoffwerke vollkommen getrennt von dem Ankauf von Baustoffen. Seit dieser Zeit hat Senatsrat Hula mit dem Einkauf von Baustoffen nicht das geringste zu

tun. Diese Abteilung leitet Baurat Gundaker. (Hört! Hört!-Rufe bei der Mehrheit). Es ist also vollständig unrichtig, wenn hier erzählt wird, dass Hula schlechte Ziegel, schlechten Sand erzeugt und einfach sich selbst diese Ziegel diesen Sand kontrolllos abkauft.

All das ist absolut unzutreffend. Es ist überhaupt unverständlich, wie man derart schwere Anwürfe vorbringen kann, ohne dass man vorher wenigstens versucht, die Stichhaltigkeit zu überprüfen. Die Minderheit verwaltet doch in der Form der Kontrolle mit Herr Stadtrat Kunschak kann sich doch in zwei Minuten darüber vergewissern, ob diese meine Mitteilungen wahr sind. Es vergeht keine einzige Sitzung des technischen Ausschusses, in der nicht der Baurat Gundaker über zahlreiche Ankäufe von Baustoffen als der allein verantwortliche Gruppenchef berichten würde. Es sitzen aber auch Vertreter der Minderheit in der Steinag und in der Baustoffe A.G. so dass alle Vorgänge unter der Kontrolle der Minderheit sich abspielen.

Ich vertraue auf die Loyalität des Herrn Gemeinderates Kunschak, dass er seine unberechtigten Angriffe richtigstellen wird. Für die Verhältnisse bei der Steinag kann Senatsrat Hula keinesfalls verantwortlich gemacht werden. Wir haben dort einen unfähigen Direktor angetroffen, seiner Aufgabe nicht gewachsen war und auch tatsächlich entfernt wurde. Das ist im Mai 1926 erfolgt und im Juli 1926 ist Senatsrat Hula als geschäftsführender Verwaltungsrat bestellt worden. Er hatte also mit der früheren, hier kritisierten Geschäftsführung gar nichts zu tun, sondern wurde berufen, um in diesem Betrieb Ordnung zu machen.

Das Ziegelwerk Ragendorf wurde dort im Verwaltungsrat einstimmig beschlossen zu einer Zeit, als Hula noch nicht einmal Mitglied des Verwaltungsrates war. Was die Zieglieferungen zu dem billigen Preis anlangt, so hat auch das seine restlose Aufklärung gefunden. Der erwähnte Direktor, den wir entfernt haben, hatte einen Anstellungsvertrag, der ihn prämierte vom Umsatz und nicht vom Gewinn zusicherte. Er war daher nur an einem grossen Umsatz interessiert und hat Preise erstellt, bei denen das Werk unfehlbar zusammengebrochen wäre. Wir mussten deshalb diesen Ziegelschluss aufheben und haben den Preis bezahlt, den andere Unternehmungen erhalten haben.

Durchstechereien bei Sandlieferungen sind auch früher schon bei Gemeindebauten vorgekommen, sie ereignen sich bei Privatbauten und auch die ist bei der Durchführung ihres Riesenbauprogrammes davon nicht verschont geblieben. Aber wir haben, als wir nur das Gefühl gehabt haben, dass wir benachteiligt werden, sofort die Dienste der Polizei in Anspruch genommen. Die Polizei hat freilich erst nach zwei Jahren diese Leute erwischt. Hätten wir die Polizei nicht angeblich schlechten Materials des beansprucht, so hätten Sie uns gewisse Vorwürfe gemacht. Bezüglich des Ziegelwerkes Oberlax möchte ich darauf aufmerksam machen, dass Vizebürgermeister Meier's Uebergehung nach war aber diese Erwerbung durchaus gut und nützlich. Wenn dort ein Einsturz vorgekommen ist, so ist das ein Malheur, das einer sehr angesehenen Baufirma passiert ist und bei dem die Gemeinde gar nichts verloren hat, weil dieses Unternehmen die gesamten Kosten getragen hat. Was die Behauptung anlangt, dass Oberbaurat Fuchs das ganze Bauwesen geradezu monopolisiert hat, so trifft dies nicht einmal rein äusserlich zu. Vor mehr als drei Jahren wurde vielmehr gerade die Abteilung für Bauführungen zerlegt. Oberbaurat Fuchs unterstehen die Wohnhausbauten, alle Zweckbauten, wie Bäder, Markthallen u. dgl. führt der Oberbaurat Kolbe. Beide Abteilungen haben einen gemeinsamen Chef in der Person des Senatsrates Friedl. Richtig ist, dass das ganze Stadtbauamt seit mehreren Jahren eine ausserordentlich umfangreiche, überaus verantwortungsvolle und sehr schwerige Arbeit zu bewältigen hat. Das Stadtbauamt war vielfach und hauptsächlich was den Wohnhausbau betrifft vor völlig neuen Aufgabengestellt und hat sie geradezu bewundernswert gelöst. Sehr viele Beamte und unter ihnen die so scharf angegriffenen Senatsrat Hula und Oberbaurat Fuchs stellen weit über das normale Mass ihre Kraft in den Dienst der Allgemeinheit. Hula und Fuchs fühle

GR. Haider (E.L.) unterzieht die Bilanzen der Gewista der städtischen Leichenbestattung und des städtischen Brauhauses einer eingehenden Kritik. Er bemängelt die Erhöhung der Wertabschreibung bei der Leichenbestattung weiters die Erhöhung der Post Unkosten bei der Gewista. Die Platz- und Mietzinse der Gewista sind ungeheuer. Wenn die Gewista keinen Reingewinn hätte, könnte sie billige Preise erstellen, die dem Interesse der Allgemeinheit entsprechen würden.

GR. Scholz (E.L.) bringt einige Beschwerden bezüglich der städtischen Leichenbestattung vor. Er tadelt, dass die Gewista zu viel Aufträge übernehme und dadurch die Fenster in der Strassenbahn vollkommen verklebt werden.

ST.R. Breitner erwidert auf die Beschwerden der Gemeinderäte Haider und Scholz, wobei er bemerkt, dass die einzelnen Beschwerden an den amtsführenden Stadtrat gerichtet werden mögen, der dann das Geeignete veranlassen wird.

Die Verhandlungen über die Verwaltungsgruppe VIII sind somit abgeschlossen. Zur Beratung kommt die Verwaltungsgruppe VI.

GR. Dr. Hengl (E.L.) wendet sich dagegen, dass die über Betreiben der Christlichsozialen flüssig gemachte Subvention für die Wiener Weinbauer nicht für Kollektivaktionen verwendet, sondern dass Geldspenden an einzelne Hauer verteilt wurden, was technisch ganz verfehlt sei. Er bezeichnet den für die Kleingärtner eingesetzten Betrag als viel zu niedrig, ebenso sei der Betrag von 5000 Schilling für die Landeskulturförderung lächerlich gering. Auch sonst habe man für die Wiener Landwirtschaft im Rathaus kein Verständnis. Zum Schlusse wendet sich der Redner dagegen, dass einem "Ausländer", dem Abgeordneten Mentasti bei der Einkaufstätigkeit für den Rathauskeller eine führende Stelle eingeräumt worden sei und spricht den Wunsch aus, dass auch die Wiener Weinbauer für Lieferungen an den Rathauskeller herangezogen werden. (Lebhafter Beifall bei den Parteien der Einheitsliste).

StR. Breitner bemerkt hierzu, im Rahmen der Wiener Gemeindeverwaltung könne die Landeskultur nur mit Rücksicht auf die geringen der Landeskultur gewidmeten Flächen nur eine geringe Rolle spielen. Die Frage, ob die Subventionen zu Einzelaktionen oder zu Gesamtaktionen verwendet werden sollen, sei der Erwägung wert und werde geprüft werden. Der für die Kleingärtner eingesetzte Betrag sei verdreifacht worden, ein Beweis, dass die Gemeindeverwaltung wohl Verständnis für die Schrebergärtnerbewegung habe. Auch der Wunsch, dass der Rathauskeller bei einem Wiener Weinbauer einkaufe, der gewiss der Beachtung wert sei, werde soweit wie möglich berücksichtigt werden.

Damit ist die Debatte über den Rechnungsabschluss erledigt. Der Rechnungsabschluss wird mit den Stimmen der Mehrheit genehmigt.

Schluss der Sitzung $\frac{1}{2}$ 11 Uhr abends.

Ihr Gewissen rein und haben selbst die Disziplinaruntersuchung gefordert. Beide können verlangen, dass man das Ergebnis in Ruhe abwartet. Soweit Herr Stadtrat Kunschak heute präzise Behauptungen vorgebracht hat, konnte ich sie sofort entkräften. Ich sage, dass es wirklich bedauerlich ist, wenn der politische Kampf solche Formen annimmt.

Wir als gewählte Funktionäre sind gewohnt im Feuer zu stehen aber es ist in diesem Saal niemals Gepflogenheit gewesen, Personen in die Debatte zu ziehen, die sich nicht wehren können. Wenn sie gegen irgendeinen Beamten Beschuldigungen zu erheben haben, dann hätten Sie/ein Recht diese Beschuldigungen in offener Gemeinderatssitzung vorzubringen, wenn der Bürgermeister, dem Sie diese Dinge mitteilen müssen, nichts vorkehrt. Wir haben nichts zu vertuschen und nichts zu verschweigen. Ich darf einer eingeleiteten Untersuchung nicht vorgreifen, aber ich hatte die Pflicht, sofort jene Angaben richtig zu stellen, die öffentlichlich und auf Grund gar nicht bestreitbarer Tatsachen unzutreffend sind. Im übrigen wiederhole ich eindringlich die Bitte: Breifen Sie, wenn Sie dies für notwendig halten, die verwaltende Mehrheit an, nicht aber einzelne Beamte, die stumm zuhören müssen und sich nicht verteidigen können.

GR. Kunschak tritt der Behauptung des Stadtrates Breitner entgegen, dass dieser dem Disziplinaruntersuchung nicht vorgreifen wolle. In Wirklichkeit hat Stadtrat Breitner heute schon sein Urteil abgegeben und darum könne man heute schon den Ausgang des Disziplinarverfahrens. Wenn der Redner selbst hätte sagen wollen dass die beiden Beamten Hula und Fuchs sich hätten bereichern wollen und dass das auf unreelle Art geschehen sei, hätte er diese Behauptungen nicht im Gemeinderat aufgestellt, sondern ^{den} der Strafanzeige gewählt. Was ich gesagt habe, sagt der Redner hängt mit der Stellung der Beamten zusammen, die Stellung die ihnen gegeben worden ist, gibt ihnen Einfluss, Macht, oder erhöhtes Einkommen (Lebhafte Rufe bei der Mehrheit: Das ist doch unglaublich! Sie Kalksburger!) Was Sie sich dabei gedacht haben, kann ich nicht wissen. Aber Ihr Glaube an die Redlichkeit der Beamten wird dadurch in das richtige Licht gestellt. Was den Ankauf der Raggendorfer Werke betrifft, so hat Senatorat Hula, der damals Chef der Baustoff A.G. war, bei der Steinag gesagt, die Raggendorfer Werke müssen gekauft werden, oder der Ziegelankauf werde nicht gemacht (Hört! Hört! bei den Parteien der Einheitsliste). Wenn Stadtrat Breitner erklärt habe, die Beamten wären beschuldigt von einer Verdächtigung zu reden, weil ich erklärt habe, dass ich nicht alles sagen will, was ich weiss, so muss ich diese Unterschiebung auf das Allerentschiedenste zurückweisen. Stadtrat Breitner weiss, dass ich mich in einer Zwangslage befinde, die sich aus einer loyalen Gewinnung ergibt (Lachen bei der Mehrheit), die mich aber nötigt, die Dinge mit der nötigen Reserve zu behandeln (Lachen bei der Mehrheit). Ich hätte Geduld zu haben. Ich werde aus der Reserve schon heraustreten, dass wird sich aber nicht auf die Herren Hula und Fuchs, sondern auf andere Leute beziehen. (Lebhafte Beifall bei den Parteien der Einheitsliste).

St. R. Breitner erwidert, dass nach den Aeusserungen des Gemeinderates Kunschak jeder das Empfinden haben müsste, dass Stadtrat Kunschak nicht von den dienstlichen Bezügen der beiden Herren Hula und Fuchs gesprochen habe und nicht von ihrer Beförderung im Dienstwege, sondern dass er ausserdienstliche Bezüge gemeint habe, wenn er von grossen Einkommen sprach. Sonst wäre ja kein Anlass eine Disziplinaruntersuchung zu verlangen. Was diese Disziplinaruntersuchung selbst betrifft, so habe ich ihr in keiner Weise vorgegriffen, ich habe lediglich Tatsachen festgestellt, die mit der Disziplinaruntersuchung nichts zu tun haben. Zum Schlusse spricht Stadtrat Breitner ^{neuerlich} sein Bedauern darüber aus, dass im Hause Angriffe gegen Personen erhoben werden, die nicht in der Lage sind hier das Wort zu nehmen.

GR. Erban (E.L.) weist die Besprechung

der Strassenherstellungen darauf hin, dass sich das Verfahren der Strassenbitumisierung, dass von der Gemeinde angewendet werde nicht recht bewährt habe, da die Oberflächen solcher Strassen bei starkem Fuhrwerksverkehr schadhafte werde. Er stellt das Ersuchen, dass zumindest mittel- oder schwächer befahrene Strassen mit einem stärkeren Bitumenbelag als bisher versehen werden. Was die Dinge bei der Baustoff A.G. betrifft, so ist es sicher, ^{dass} wenn die die bekannten Betrügereien bei den Sandlieferungen von der Opposition nicht zur Sprache gebracht worden wären, sich bis heute niemand darum gekümmert hätte. Auf seine Anfrage, wie es mit der Uebernahme von Sand auf dem Bau Heiligenstädterstrasse stehe, habe der Redner im Ausschuss keine befriedigende Antwort bekommen können. Es ist erstaunlich, dass sich die Dinge mit den Sandlieferungen durch ein bis zwei Monate ungehindert zutragen konnten, ohne dass die Beamten daraufgekommen sind. Das bedarf einer Aufklärung.

Damit ist die Verhandlung über die Verwaltungsgruppe V abgeschlossen.

Es wird nun die Verwaltungsgruppe VII Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten verhandelt.

GR. Doppler (E.L.) bespricht die Ueberschreitungen bei der Post Richtigstellung der Wählerlisten, Anlage der Geschwornen- und Schöffeblisten usw. und bemerkt, dass auf diesem Gebiet entweder eine sehr schlechte Arbeit vorgelegen sein muss, oder dass sehr schlampig budgetiert worden sei. Da die Wählerlisten sehr schlecht sind, habe die Notwendigkeit vor tiefgreifenden Reklamationsverfahren bestanden und das erkläre den Mehraufwand an Kosten. Der Redner spricht sein Bedauern darüber aus, dass bei der Post Veröffentlichungen der Gemeinde der Stadt Wien Ersparungen gemacht worden seien und bezeichnet es als unwürdig, dass die stenographischen Protokolle über die Gemeinderats- und Landtagsitzungen nicht aufgelegt werden. Er beschwert sich darüber, dass die Berichte über die Ausschüsse im Amtsblatt oft sehr spät erscheinen und bemerkt, dass die Inserate im Amtsblatt, das geradezu ein Inseratenblatt geworden sei zum grösstenteil von Kontrahenten seien, die sich bei der Gemeinde Liebkind machen wollen. Er verweist ferner auf die Steigerung der Post für Repräsentationsauslagen und bemerkt, es müsse nicht jeder einseitig eingestellte parteipolitische Verein im Rathaus empfangen werden. Er beschwert sich auch über die Schikanierung der Freiwilligen Feuerwehren.

GR. Panosch (E.L.) wünscht die Ausgestaltung des Amtsblattes. Das Amtsblatt ist heute vollständig ungenügend. Ebenso wünscht der Redner die Beistellung eines Klublokals für den Klub der christlich sozialen Gemeinderäte. Wenn für die Gemeindegewache Lokale geschaffen wurden, so muss auch ein Lokal für den Klub der christlich sozialen Gemeinderäte im Rathaus vorhanden sein. Schliesslich bezeichnet Gemeinderat Panosch das System der Arbeit der Verwaltungsgruppe VII als ein System der Systemlosigkeit.

St. R. Richter erwidert, dass er die Ueberschreitungen bei der Post Richtigstellung der Wählerlisten schon einmal begründet habe. Es konnte im September ¹⁹²⁵ nicht vorausgesehen werden, dass die Wahlen schon im Frühjahr 1927 stattfinden werden. Der Zeitpunkt der Wahl machte es nun notwendig, die entsprechenden Vorkehrungen zu treffen, weshalb die Ueberschreitung ihre natürliche Erklärung findet. Dass heute im Amtsblatt mehr wie früher inseriert wird, hat seinen Grund in der wirtschaftlichen Lage. Bezüglich Beistellung eines Klublokals für den Klub der christlichsozialen Gemeinderäte, erklärt Stadtrat Richter, dass auch der Klub der sozialdemokratischen Gemeinderäte kein Klublokal habe.

Damit sind die Verhandlungen über die Verwaltungsgruppe VII abgeschlossen. Es wird die Verwaltungsgruppe VIII beraten.